

Kleine Anfrage 2584

des Abgeordneten Péter Vida
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

an die Landesregierung

Abfallproblem in Falkenberg

Im Gewerbegebiet 10 der Gemeinde Falkenberg (Mark) existiert eine Abfalldeponie, deren Genehmigung nach BImSchG im Jahre 1993 erfolgt ist. Nach einem Betreiber- bzw. Eigentümerwechsel (jetzt Karakurt Abbruch- und Entsorgung Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt)) vor einiger Zeit hat sich auch das Betriebsgeschehen dort erheblich geändert. Es werden offensichtlich unkontrollierte Baumischabfälle in Größenordnungen angefahren und unsachgemäß im Freien gelagert. Folien und leichte Isoliermaterialien sind oft vom Wind aus dem Betriebsgelände heraus verweht worden, die geschätzte Lagermenge beträgt schon ca. 1.500 t Baumischabfälle. Angeblich will der neue Betreiber mit den angefahrenen Materialien dort eine Geländeneivellierung vornehmen, um dann auf einer ebenen Fläche Bürocontainer, Maschinen u. ä. aufzustellen. Das käme dann auch einer dauerhaften Deponie der kritischen Materialien gleich und die Deponieverordnung käme zum Tragen, wofür sicher keine Genehmigung vorliegt. Dem Amt Falkenberg-Höhe und dem Landkreis MOL ist dieser Zustand schon seit längerem bekannt. Doch das sich für zuständig erklärte LfU unternimmt nichts.

Ich frage die Landesregierung:

1. Gilt die Genehmigung aus 1993 für diese Anlage auch nach dem Betreiberwechsel weiter?
2. Ist seinerzeit oder später eine Sicherheitsleistung hinterlegt worden für den Fall der Insolvenz des Betreibers?
3. Welche Schritte hat das LfU geplant oder vorgenommen, um Schaden für die Kommune abzuwenden und einen gesetzeskonformen Zustand wieder herzustellen?
4. Gibt es einen Nachweis, dass die dort zwischengelagerten Baumischabfälle keine schädlichen oder nicht zugelassenen Bestandteile enthalten und möglicherweise schon eine Bodenkontamination erfolgt ist?